



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde im Wahlkreis Gifhorn-Peine,

stürmische Zeiten — damit meine ich nicht nur das Wetter, sondern vor allem die politischen Entwicklungen in Deutschland. Zuerst das Beben in Thüringen, dann der am Montag angekündigte Verzicht von Annegret Kramp-Karrenbauer auf den Vorsitz der Bundes-CDU. Den Rückzug von Annegret Kramp-Karrenbauer halte ich für konsequent, für ihre souveräne Entscheidung gebührt ihr großer Respekt. Das Ergebnis der Ministerpräsidentenwahl in Thüringen war aus meiner Sicht ein No-go, Thomas Kemmerich hätte die Wahl gar nicht annehmen dürfen. Mehr dazu finden Sie auf der kommenden Seite.

Angesichts der einschneidenden Ankündigung unserer Bundesvorsitzenden war ich positiv überrascht, dass sie noch am selben Tag der Jubiläumsfeier der CDU-Landesgruppe Niedersachsen im Deutschen Bundestag beiwohnte und eine Ansprache hielt. Bei der feierlichen Veranstaltung in der niedersächsischen Landesvertretung in Berlin haben wir mit zahlreichen ehemaligen und aktuellen Mitgliedern der Landesgruppe unser 50-jähriges Bestehen gefeiert. Einen Bericht darüber gibt es auf Seite 3 dieses "Schulterblicks".

Im Plenum haben wir unter anderem eine Verbesserung für die Landwirtschaft im Bereich der Versicherungsteuer erreicht (Bericht auf S. 3) und über den Corona-Virus debattiert (s. S. 4.)

In der vergangenen Wahlkreiswoche war ich viel in den Landkreisen Gifhorn und Peine unterwegs und habe spannende Gespräche geführt. Einen Bericht dazu finden Sie auf Seite 6.

Herzliche Grüße
Ihre und Eure



Bericht aus Berlin

Ministerpräsidentenwahl in CDU Thüringen

Annegret Kramp-Karrenbauer hat sich dazu entschlossen, nicht als Kanzlerkandidatin zur Verfügung zu stehen und beim nächsten Parteitag nicht mehr als Parteivorsitzende der CDU zu kandidieren. Ich habe großen Respekt vor ihrer Entscheidung und halte diese für konsequent.

Wir dürfen uns jetzt aber nicht in endlosen Personaldiskussionen verlieren. Als Fraktion im Deutschen Bundestag sind wir nun jetzt der Stabilitätsanker der Union, hier arbeiten CDU und CSU im Interesse unseres Landes gut zusammen. Wir haben viele Projekte vor uns, die wir angehen und die wir derzeit beraten: Stärkung unseres Wirtschaftsstandorts, bessere Bedingungen für die Landwirte, Kohleausstieg, Strukturwandel in den betroffenen Regionen, Stärkung der Bundeswehr und der inneren Sicherheit, Nachmittagsbetreuung an Grundschulen. Die Menschen in Deutschland erwarten von uns Antworten für die Zukunft unseres Landes.

Was Thüringen und die Debatte darum angeht, ist für uns klar: Bei der Abgrenzung nach rechts- und linksaußen darf es keine Grauzonen geben. Das ist eine Schwarz-Weiß-Entscheidung. Das ist für uns auch eine Haltungsfrage.

Aus gutem Grund hat die CDU auf dem Parteitag im Dezember 2018 folgenden Beschluss gefasst: „Die CDU Deutschlands lehnt Koalitionen und ähnliche Formen der Zusammenarbeit sowohl mit der Linkspartei als auch mit der Alternative für Deutschland ab.“ Ebenso haben wir als CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag Anfang 2018 einen Beschluss gefasst, nach dem wir mit keiner dieser beiden Kräfte zusammenarbeiten.

Für mich ist es ein No-Go, was im Thüringer Landtag passiert ist. Auch wenn ich jeden meiner Kollegen im Thüringer Landtag verstehen kann, der seine Stimme nicht dem Linken-Ministerpräsidenten gegeben hat. Der Schaden für unsere Demokratie ist jetzt schon erheblich, nun gilt es, schnellstmöglich dieses Debakel zu beenden. Neuwahlen wären aus meiner Sicht die beste Lösung.

Ich bin persönlich enttäuscht von der Thüringer CDU. Die Spitze der CDU-Bundespartei hat zu recht klargestellt, dass das Vorgehen der dortigen Parteikollegen gegen die Bitten und Forderungen der Bundespartei erfolgt ist. Die Wahl des FDP-Kandidaten war ein grober Vertrauensverlust. Oder wie Prof. Dr. Lammert dazu in einer Veranstaltung sagte: „Die Wahl in Thüringen war eine Kombination von Einfältigkeit und Kalkül. Jeder hat dort nur nach seinen eigenen Interessen gehandelt.“ Dem kann ich nur zustimmen.



Bericht aus Berlin

Landesgruppe Niedersachsen feiert Jubiläum

Am 10. Februar 2020 wurden 50 Jahre CDU-Landesgruppe Niedersachsen im Deutschen Bundestag gefeiert. Zu Gast waren viele aktuelle und ehemalige Mitglieder der Landesgruppe.

Die Festrede sprach Bundesinnenminister a. D. Rudolf Seiters, auch unsere Bundeskanzlerin hielt eine unterhaltsame Ansprache. Die Reden des Abends wurden von den Beiträgen des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Ralph Brinkhaus, der Verteidigungsministerin und CDU-Vorsitzenden Annegret Kramp-Karrenbauer und dem CDU-Landesvorsitzenden Minister Bernd Althusmann abgerundet.



Versicherung gegen Ernteauffälle durch Dürre wird günstiger

Die Absenkung der Versicherungssteuer für Dürre- und Trockenheitsschäden ist sehr zu begrüßen, weil sie die landwirtschaftlichen Betriebe entlasten und die betriebliche Eigenvorsorge stärken wird. Für diese Änderung haben wir uns als Agrarpolitiker der Union im Deutschen Bundestag erfolgreich eingesetzt.

Mit der Gesetzesänderung wird die Versicherungssteuer für das Risiko „Dürre“ und das Risiko „Trockenheit“ von 19 Prozent auf 0,03 Prozent gesenkt. Die zunehmenden Extremwetterlagen auch in Deutschland machen es erforderlich, neben Gefahren wie Hagelschlag, Sturm, Starkfrost, Starkregen oder Überschwemmungen auch Dürreschäden in den Katalog der wetterbedingten Extremwetterereignisse in das Versicherungsteuergesetz mit aufzunehmen.

Wir geben damit ein deutliches Signal an die Landwirtschaft zur verbesserten betrieblichen Eigenvorsorge. Die landwirtschaftlichen Betriebe können sich dadurch bereits in diesem Jahr gegen dürrebedingte Ertragsausfälle zu vergünstigten Konditionen absichern.

Wir haben auch dafür gesorgt, dass die Begünstigung rückwirkend zum 1. Januar 2020 in Kraft tritt und damit auch jene Versicherungsnehmer begünstigt werden, die bereits jetzt einen Versicherungsschutz abgeschlossen haben.



Bericht aus Berlin

Aktuelle Stunde des Bundestages zum Corona-Virus — kein Grund zur Panik

Gemeinsam mit unserem Koalitionspartner im Bund beantragten wir im Bundestag eine Aktuelle Stunde zum Corona-Virus, um uns über das aktuelle Geschehen auszutauschen.

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn erklärte, dass nach Einschätzung hiesiger Fachleute die Gefahr für die Gesundheit der Bevölkerung weiterhin gering sei. Es gibt also keinen Grund zur Panik.

Was aber geboten ist und vom Gesundheitsminister zugesichert wurde, ist ein international abgestimmtes Vorgehen im Kampf gegen das neue Corona-Virus. Insbesondere mit China müssen wir partnerschaftlich zusammenarbeiten.

Jens Spahn versprach in seiner Rede größtmögliche Transparenz und Aufklärung.

Rote-Hand-Aktion gegen Einsatz von Kindersoldaten

Am Internationalen Tag gegen den Einsatz von Kindersoldaten am 12. Februar nahm ich an der gleichzeitig weltweit stattfindenden Aktion „Red Hand“ teil. Auf der Fraktionsebene des Reichstagsgebäudes habe ich gemeinsam mit vielen Kolleginnen und Kollegen (auf dem Bild unten ist Michael Noll MdB zu sehen) meinen roten Handabdruck und eine Botschaft hinterlassen.



Meine Botschaft lautete:

**„Kinder brauchen Schutz, Bildung, Spielzeug
— keine Waffen“**



Bericht aus Berlin

Aus dem Plenum

Viertes Gesetz zur Änderung des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes. Wir haben in zweiter und dritter Lesung Anpassungen für das Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz beschlossen, welches das „Gegenstück“ zum BAföG in der beruflichen Bildung ist. Mit der Anpassung wollen wir einen Zugang zur beruflichen Höherqualifizierung sicherstellen, die Motivation für Fortbildungen stärken und berufliche Aufstiegschancen verbessern. Dazu heben wir die Leistungen an, erweitern die Fördermöglichkeiten und verbessern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. So ist zum Beispiel eine Verdoppelung des Unterhaltsbeitrages für Vollzeitgeförderte geplant.

Gesetz zur Verlängerung und Verbesserung der Regelungen über die zulässige Miethöhe bei Mietbeginn. In dieser Woche haben wir in zweiter und dritter Lesung für eine erneute Verlängerung der Mietpreisbremse für die Dauer von fünf Jahren gestimmt. Dieses Instrument soll es den Ländern ermöglichen, ein Gebiet mit einem angespannten Wohnungsmarkt durch Rechtsverordnung zu bestimmen, die weiterhin eine Höchstgeltungsdauer von fünf Jahren betragen darf. Spätestens mit Ablauf des 31. Dezember 2025 sollen alle Rechtsverordnungen dann aber außer Kraft treten. Außerdem stärken wir den Mieter dadurch, dass dieser gegenüber dem Vermieter auf Rückzahlung zu viel gezahlter Miete bestehen kann. Wir als Union sind weiterhin fest davon überzeugt, dass nur der Bau von zusätzlichen Mietwohnungen für eine nachhaltige Entspannung auf dem Mietenmarkt sorgen wird.

Gesetz zur Umsetzung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 26. März 2019 zum Ausschluss der Stiefkindadoption in nichtehelichen Familien. Im Sinne einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts weiten wir die Stiefkindadoptionen in zweiter und dritter Lesung auch auf nichteheliche Familien aus. Bislang ist die Stiefkindadoption nur innerhalb von Ehen möglich. Erforderlich für eine derartige Adoption ist der Nachweis über eine "verfestigte Lebensgemeinschaft". Diese liegt vor, wenn die beiden Personen seit mindestens vier Jahren eheähnlich zusammenleben. Zudem stellen wir klar, dass eine verfestigte Lebensgemeinschaft nicht vorliegt, wenn ein Partner mit einem Dritten verheiratet ist.

Einen Überblick über die rund 24 Stunden des [Plenarbetriebs diese Woche finden Sie hier](#).



Bericht aus dem Wahlkreis

Eine Woche voller Gespräche...

In der vergangenen Wahlkreiswoche durfte ich einmal mehr die Vielfalt unserer Region erfahren. Ich war viel in den Landkreisen Gifhorn und Peine unterwegs. Dabei habe ich zahlreiche Gespräche geführt.

Zum Beispiel bei der Bürgersprechstunde in meinem Peiner Wahlkreisbüro oder in Gifhorn, wo mir ein Verein seine Probleme im Ehrenamt



und die damit einhergehenden steuerlichen Herausforderungen geschildert hat. Ein Arzt der Region berichtete mir bei einem Gesprächstermin in seiner Praxis von den Problemen, auf die er in seinem Praxisalltag trifft. Es geht dabei nicht nur um die ausreichende Versorgung unserer Heimat mit Ärzten, sondern beispielsweise auch um deren Vergütung, das Angebot von Medikamenten und die neue elektronische Patientenakte — mit all ihren Herausforderungen rund um die Fragen des Datenschutzes und der Datensicherheit. Viele dieser Punkte werden wir auf einer bald stattfindenden Veranstaltung mit einem Kollegen aus dem Gesundheitsausschuss des Deutschen Bundestages besprechen können. Infos dazu folgen.

Auch die Landwirtschaft spielte wieder eine wichtige Rolle in meiner Wahlkreiswoche. So habe ich beispielsweise die Bezirksversammlungen des Landvolks in Parsau und Steinhorst besucht und mich der Kritik, aber auch den Fragen und Anregungen der Landwirte gestellt. In einer Telefonkonferenz des Bundeslandwirtschaftsministeriums waren viele der angesprochenen Punkte Thema. Wir arbeiten in Berlin weiter an guten, praxisnahen Lösungen. Wir werden auch künftig nicht alle zufrieden stellen können, wollen aber für ausreichende Planungssicherheit sorgen.

Auch regelmäßig stattfindende Termine standen in der vergangenen Wahlkreiswoche auf meinem Plan: Die Sitzung der CDU-Fraktion im Gifhorer Stadtrat und die Vorstandssitzungen im Stadt- sowie Kreisverband Gifhorn. Bevor es „sturmbedingt“ für mich bereits am Sonntagvormittag wieder nach Berlin ging, besuchte ich noch die Versammlung der Feuerwehr in meinem Heimatdorf Wilsche.

Das ist nur eine kurze Auswahl meiner Vor-Ort-Termine, die symbolisch für die Abwechslung unserer tollen Region und meiner Tätig steht.



**Sprechen Sie uns an —
wir sind gerne für Sie da!**

Kontakt/Impressum

Ingrid Pahlmann MdB

Bundestagsbüro Berlin

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 11, 11011 Berlin
Telefon: 030 227-72341
Fax: 030 227-76067
E-Mail: ingrid.pahlmann@bundestag.de

Wahlkreisbüro Gifhorn

Steinweg 5, 38518 Gifhorn
Telefon: 05371 740 69 28
Fax: 05371 937 38 74
E-Mail: ingrid.pahlmann.ma04@bundestag.de
Ansprechpartner: Frederick Meyer

Wahlkreisbüro Peine

Freiligrathstraße 4, 31224 Peine
Telefon: 05171 769 92 49
Fax: 05171 150 34
E-Mail: ingrid.pahlmann.ma05@bundestag.de
Ansprechpartnerin: Ann-Marie Klaas



Copyright

Fotos

Kopfzeile S. 2-5: Deutscher Bundestag/Simone M. Neumann; Deutscher Bundestag/Achim Melde
Kopfzeile S. 6: Altes Rathaus Peine: Losch/commons.wikimedia.org; privat; Schloss Gifhorn:
© Anne Bermüller/pixelio.de; Kopfzeile S. 7: Deutscher Bundestag/Simone M. Neumann
Alle weiteren Fotos: privat